

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.118.690

Wien, am 14. April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Februar 2022 unter der Nr. **9748/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Follow-up Prozess zur dritten universellen Menschenrechtsüberprüfung in Österreich“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zu den Auswirkungen von COVID-19 auf den Menschenrechtsschutz?*
 - a. *Wie regelmäßig finden Austauschformate zu welchen Themenbereichen in welcher Form statt?*
 - b. *Welche Organisationen oder andere AkteurInnen sind jeweils Teil davon?*
 - c. *Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?*
 - i. *Welche Organisationen oder andere AkteurInnen haben daran teilgenommen?*
 - d. *Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?*

- e. Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:
 - i. Warum nicht?
 - ii. Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?
 - iii. Wenn ja, welche mit welchen AkteurInnen jeweils wann?

Die Zivilgesellschaft ist in vielen Bereichen eine wesentliche Partnerin für die weitere Umsetzung der insgesamt 236 angenommenen UPR Empfehlungen. Daher fand am 17. September 2021 erneut ein Austausch mit Ressorts, Bundesländern und Zivilgesellschaft zum UPR Follow Up statt. Die nächste Plenarveranstaltung ist im Sommer 2022 geplant.

Im Bundeskanzleramt wird darüber hinaus ein regelmäßiger Austausch mit einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen gepflegt, in unterschiedlichen Formaten:

Der wichtigste Austausch mit NGOs betreffend Gleichbehandlungsagenden im privaten Sektor findet im Rahmen des NGO-Dialogs mindestens einmal jährlich statt – zuletzt am 31. Mai 2021. Der nächste NGO-Dialog wird am 10. Mai 2022 wieder unter meinem Vorsitz stattfinden. Über die Plattform „EU, Internationales, Gender“ findet ein regelmäßiger Austausch zu aktuellen Themen mit NGOs, Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie der Verwaltung statt, zuletzt am 13. Dezember 2021.

Mit dem Kinderrechte-Board führt das Bundeskanzleramt darüber hinaus einen beständigen und kontinuierlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft, der in der Regel dreimal im Jahr stattfindet. Bei den Sitzungen des Kinderrechte-Boards, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendanwaltschaften, der Landesregierungen (Kinder- und Jugendhilfe), des Netzwerks Kinderrechte, der österreichischen Kinderschutzzentren, der Bundesjugendvertretung, der Offenen Jugendarbeit, der Jugendinformation, der UNICEF Österreich, des Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, der Universitäten, des Zentrums für Lehrer/innenbildung, des Wiener Instituts für Demographie, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, dem Berufsverband Österreichischer der Psychologinnen und Psychologen, des Jugendstrafrechts, der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, der Bundesschülervertretung, der Asylkoordination Österreich und der Jugendsprecherinnen und Jugendsprecher der im Nationalrat vertretenen Parteien teilnehmen, werden aktuelle Fragen und Themen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Österreich betreffen, behandelt. In diesem Kontext erfolgt damit in einem gewissen Umfang auch eine Erörterung der allgemeinen Menschenrechtssituation in Österreich.

Das bislang letzte Kinderrechte-Board hat am 26. November 2021 im Online-Format stattgefunden, bei dem Vertreterinnen und Vertreter rund der Hälfte der angeführten Institutionen anwesend waren. Bei dieser Sitzung wurde über die Maßnahmen der Familien- und Jugendpolitik im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie berichtet. Außerdem gab es eine Präsentation des Koordinators des Nationalen Aktionsplans zum EU-Vorhaben der „Europäischen Kindergarantie“ und einen Bericht eines Mitglieds der Kindeswohl-Kommission.

Zu Frage 2:

2. Welche Austauschformate gibt es mit der Zivilgesellschaft zum Thema Unabhängigkeit der Medien?
 - a. Wie regelmäßig finden diese in welcher Form statt?
 - b. Welche Organisationen oder andere AkteurInnen sind Teil davon?
 - c. Wann hat der letzte Austausch in welcher Form stattgefunden?
 - i. Welche Organisationen oder andere AkteurInnen haben daran teilgenommen?
 - d. Welche Ergebnisse ergaben diese jeweils wann und wie sind diese in Ihre Arbeit eingeflossen?
 - e. Wenn es keine Austauschformate dazu gibt:
 - i. Warum nicht?
 - ii. Sind Austauschformate zu diesen Themen geplant?
 - iii. Wenn ja, welche mit welchen AkteurInnen jeweils wann?

Das Bundeskanzleramt ist in laufendem Kontakt und Austausch mit Fach- sowie zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern der Medien- und Kommunikationsbranche. Dazu zählen regelmäßige Gespräche und schriftlicher Austausch etwa mit dem Verband Österreichischer Privatrundfunkveranstalter (VÖP), mit dem Verband Freier Rundfunk Österreich (VFRÖ), dem Presseclub Concordia, dem Verband der Internetservice-Provider, dem Verband der Österreichischen Zeitungen (VÖZ), mit Vertreterinnen und Vertreter für Konsumentenschutz der Arbeiterkammer, sowie mit Vertreterinnen und Vertreter der Selbstregulierung wie dem Österreichischen Presserat und dem Werberat. Einschlägige Dokumente, etwa des Europarates oder der Europäischen Union etwa auch zur Medienfreiheit in Europa und den Mitgliedstaaten, werden diesen Kreisen zur Konsultation vorgelegt bzw. wird darüber informiert.

Schließlich darf ich auch auf die derzeit stattfindenden Medienkonferenzen hinweisen. Seit Februar 2022 wird in mehreren Sitzungen mit unterschiedlichen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern ein Überblick über die aktuelle Situation in der österreichischen Medienpolitik gegeben, woraus mögliche Ableitungen und Empfehlungen erarbeitet werden sollen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Neustrukturierung der Medienkooperationen durch die öffentliche Hand, der Medientransparenz, den Medienförderungen sowie der Stärkung des Medienstandorts Österreich.

Als Teil der Medienkonferenzen finden mehrere Arbeitsgespräche und „working sessions“ mit den unterschiedlichsten Stakeholder-Gruppen statt, unter anderem mit den Mediensprecherinnen und Mediensprechern aller Parteien, Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und Forschung, Unternehmen, die sich um die Journalisten - Aus- und Weiterbildung kümmern, sowie Runden mit heimischen Print-, TV-, Radio-, Online- und Podcast-Unternehmen.

MMag. Dr. Susanne Raab

